

Auf Dauer „verbogen“?

Kommentar zu Knelangen, Wilhelm, und Birte Meinschien. 2014. „Ich wäre gerne in Ruhe gelassen worden...“. Michael Freund im Nationalsozialismus. *Politische Vierteljahresschrift* 55: 321-355.

Rainer Eisfeld

Keywords: History of the discipline, Michael Freund, Ranke Society, historical revisionism

Schlagwörter: Disziplingeschichte, Michael Freund, Ranke-Gesellschaft, Geschichtsrevisionismus

In ihrem Aufsatz erörtern Knelangen und Meinschien klarsichtig und differenziert das Ausmaß, in dem Michael Freund sich mit dem NS-Regime „eingelassen“ hat (S. 347). Mit dieser abgewogenen Darstellung kontrastiert die Bestimmtheit der Aussagen, in denen über Freunds Leistungen in der Nachkriegszeit positiv geurteilt wird. Die entscheidenden Sätze lauten:

Durch seine wissenschaftlichen Schriften und durch sein publizistisches Wirken [...] betrieb er [i. e. Freund] die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus [...] aktiv mit und relativierte dabei keineswegs [...]. Die Beschäftigung mit dem „Dritten Reich“, der nationalsozialistischen Ideologie und den Strukturen des Regimes zieht sich wie ein roter Faden durch die Liste seiner Lehrveranstaltungen [...]. All das ist kein geringes Verdienst und hat zur Profilierung der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft beigetragen. Dem steht nicht entgegen, dass er wie andere Angehörige seiner Generation aufgrund seiner Erfahrungen ein Skeptiker der modernen Massendemokratie blieb (349-350).

Zunächst überrascht die unvermittelte Einführung des Begriffs „moderne ‚Massen‘demokratie“, deren „skeptische“ Einstufung durch Freund seinem Beitrag zur „Demokratiewissenschaft Politologie“ angeblich nicht entgegensteht. Eine Disziplin, die sich mit „modernen“ Demokratieformen befasst, ist unweigerlich eine „Massendemokratie-Wissenschaft“. Folglich stellt sich die Frage, wie weit Freunds „Skepsis“ eigentlich ging – und worauf sie tatsächlich fußte. Auf den zweiten Punkt hat er 1955 selbst eine klare Antwort gegeben, die Birte Meinschien in ihrer biografischen Studie über Freund auch zitiert:

Ich habe zu bekennen, dass die „Betrachtungen eines Unpolitischen“ und „Friedrich und die große Koalition“ einen schlechten Einfluss auf mich ausgeübt haben. [...] Ich bin – eben dank der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ – weiß Gott kein muster-gültiger Demokrat geworden (Michael Freund, zitiert bei Meinschien 2012, S. 153).

Damit hatte der Verfasser der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ sich gegenüber Freund als der deutlich Lernfähigere erwiesen. In seinem 1918 erschienenen Werk hatte bekanntlich Thomas Manns zeitweise Nähe zur Denkströmung der „Konservativen Revolution“ ihren Niederschlag gefunden. „Von deutscher Republik“ (1922), „Deutsche Ansprache“ (1930) dokumentierten Manns anschließende tiefgehende „Wandlung“ (seine eigene Wortwahl), zu der er sich am deutlichsten 1939 in „Kultur und Politik“ bekannte: Als „das Problem der Humanität fordernd wie nie vor dem geistigen Gewissen“ stand, habe sich ihm, „trotz allen Hemmungen antipolitischer Tradition [...]“ das demokratische Bekenntnis auf die Lippen“ gedrängt (Mann 1968, S. 59, 69).

Die „Betrachtungen eines Unpolitischen“ optieren zugunsten des Obrigkeitsstaats gegen politische Demokratie. Wer sich – ungeachtet Thomas Manns eigener Hinwendung zur Demokratie – von dieser Option anhaltend „beeinflusst“ zeigt, der ist kein „Skeptiker aus Erfahrung“, wie Knelangen/Meinschien (S. 350) bei Freund unterstellen. Bei einem solchen Ausgangspunkt wird vielmehr ganz grundsätzlich „die Demokratie westlicher Färbung [...] schlecht wegkomm[en]“ (so 1959 Benno Reifenbergs Vorwurf gegenüber Freund, ebenfalls zitiert bei Meinschien 2012, S. 153).

Dies mag nur ein erstes, für sich genommen begrenzt aussagekräftiges Indiz sein, das Zweifel weckt an Freunds angeblichem Beitrag zur „Profilierung der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft“. Jedoch hat während der frühen 1950er Jahre kein anderer westdeutscher Politologe – so weit bis jetzt bekannt – zumindest zeitweise auf eine Art Kontakt zu vormaligen intellektuellen Stützen der NS-Herrschaft gehalten wie Michael Freund. Ort war die geschichtsrevisionistische Ranke-Gesellschaft, der er 1951 (nach seiner Berufung auf ein Extraordinariat für Wissenschaft und Geschichte der Politik in Kiel) beitrug. Und mindestens bei einer Gelegenheit hat er sich dort mit der Kriegspolitik des NS-Regimes in einer geschichtsklitternden Weise befasst, die nicht zu der Behauptung passt, Freund habe bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus „keineswegs relativiert“.

Die Belege für diese Aussagen finden sich im Nachlass des Hamburger Überseehistorikers Adolf Rein. Arnt Goede hat den Nachlass als erster ausgewertet und Kopien angefertigt, die sich jetzt in den Akten des Instituts für Auswärtige Politik der Universität Hamburg befinden. Diese Unterlagen habe ich eingesehen (Goede 2008, S. VII; Eisfeld 2013, S. 44). Rein, der die Ranke-Gesellschaft 1950 ins Leben rief, hatte bereits vor der NS-Machtübernahme unter „Absage an den ‚Humanismus‘“ für eine „politische Universität“ plädiert: „Politische Fachgemeinschaften“ sollten unter Beteiligung aller politisch relevanten Fachdisziplinen geschaffen, die Universitäten „zu Trägern echter politischer Gestaltung des deutschen Menschen“ umgebildet werden (Goede 2008, S. 52, 58-60; Weber 1986, S. 225, 227). Im Anschluss an seinen Eintritt in die NSDAP und seine Berufung zunächst an die Spitze der Hochschulbehörde Hamburgs (1933), danach zum Rektor der Universität (1934), hatte Rein unverzüglich die Errichtung der projektierten Fachgemeinschaft – nun im Singular – als Vorstufe einer „einheitliche(n) nationalsozialistische(n) [...] Zelle für die neue Gestaltung des Ganzen der Universität“ betrieben (Weber, S. 227). Zugleich hatte er es persönlich übernommen, das unter der Leitung Alb-

recht Mendelsson Bartholdys stehende Institut für Auswärtige Politik im NS-Sinne umzubilden. Seit 1935 war es auf der Grundlage einer Vereinbarung mit Rein faktisch von Fritz Berber geleitet worden, der sich Ribbentrop anzudienen verstand (Goede 2008, S. 76-78, 80, 89, 139-141; Weber 1986, S. 244-246).

Von den Briten 1945 entlassen, scheiterte Rein bei seinen Bemühungen, an die Universität Hamburg zurückzukehren. Zur „Aufrechterhaltung der historischen Wahrheit“ gründete er die Ranke-Gesellschaft. Sie sollte „amtsverdrängte“ und amtierende Hochschullehrer zusammenzuführen, die Reins „Ekel“ vor der angeblich „korrumpierte[n] Historie“ teilten, die „gewalttätig, laut und frech [...] ihr Wesen“ treibe (Goede 2008, S. 231, 233-234). Zu den ersten Mitgliedern der Jahre 1950-1952 gehörten Karl Epting, prononciert antisemitischer Kulturreferent an der Deutschen Botschaft im besetzten Paris, der unter dem Pseudonym „Matthias Schwabe“ wie Freund bei Berbers Deutschem Institut für Außenpolitische Forschung (DIAF) publiziert hatte; SS-Hauptsturmführer Günther Franz, Kontrahent Arnold Bergstraessers in Heidelberg; Karl Heinz Pfeffer, Nachfolger von Franz Alfred Six als Dekan der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, Inbegriff des akademischen Steigbügelhalters der NS-Bewegung; Andreas Predöhl, Werner Conze, Ernst Forsthoff, Egmont Zechlin, Hans Freyer, Otto Brunner, Gunther Ipsen, Wilhelm Schüssler und so fort (Goede 2008, S. 236-237, 239-240; zu Franz, Pfeffer und Epting vgl. Eisfeld 2013, S. 155, 188-189, 192).

Bei der Jahrestagung 1952 sprachen Freund, Pfeffer und Epting nacheinander über soziale und politische Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise mit den Schwerpunkten USA, England und Frankreich (Protokoll 1952, S. 9-12; vgl. auch Goede 2008, S. 239). Freund behauptete, die „Abwendung der USA von der Weltpolitik“ habe Hitler 1938/39 „verführt“, die USA bei seinem Kriegskalkül „unberücksichtigt zu lassen“, und folgerte, die Weltwirtschaftskrise habe deshalb „mit ihren Auswirkungen zum Teil den Kriegsausbruch 1939 herbeigeführt“ (Protokoll 1952, S. 10).

Das war eine verzerrte Darstellung, deren Wirkung – wenn nicht gar Absicht, wie bei Pfeffers anschließendem Vortrag über England („Ablenkung der Krise nach außen... Das Dritte Reich als Sündenbock“; Protokoll 1952, S. 11) – darin bestand, Hitlers Entschlossenheit zum Krieg herunterzuspielen. Denn am 5. Oktober 1937 hatte Roosevelt in Chicago seine weltweit beachtete „Quarantänerede“ gehalten, die – auch ohne die Adressaten beim Namen zu nennen – in einer Warnung an die Aggressorstaaten Deutschland (Zerstörung Guernicas), Italien (Überfall auf Abessinien) und Japan (Invasion Chinas) gipfelte:

Friede, Freiheit und Sicherheit für neunzig Prozent der Weltbevölkerung werden durch die restlichen zehn Prozent bedroht, die drauf und dran sind, die gesamte internationale Rechtsordnung zu zerschlagen. Die neunzig Prozent, die im Frieden leben wollen, im Einklang mit Gesetzen und moralischen Prinzipien, die im Laufe der Jahrhunderte fast allgemeine Geltung erlangt haben, können und müssen einen Weg finden, um ihren Willen durchzusetzen. [...] Wenn eine ansteckende Krankheit sich auszubreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Quarantäne der Patienten, um die eigene Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.¹

1 <http://www.geschichtsforum.de/279227-post36.html>. Zugriffen: 06.08.201

Die Rede ließ eine in dieser Klarheit neue globale Interventionsbereitschaft der amerikanischen Regierung erkennen. Roosevelts Politikwechsel war in Berlin – auch von der gelenkten deutschen Presse – durchaus registriert worden. Er änderte jedoch nichts an Hitlers Entschluss zum europäischen Krieg, der Roosevelts Ankündigung „nicht als Mahnung zur Vorsicht“ verstand, „sondern vielmehr als Ansporn, seine kontinentaleuropäischen Ziele baldmöglichst zu verwirklichen“ (Sirois 2000, S. 109, 149).²

Freunds Aussagen, ebenso der Kontext, in dem sie fielen, werfen grundsätzliche Fragen auf nach seiner Art der Befassung mit dem Nationalsozialismus. Der Kontrast einer sich etablierenden Demokratiewissenschaft zu den (Teil-)Kontinuitäten der Nachbarfächer, in der Forschung drei Jahre später eindrucksvoll repräsentiert durch Karl Dietrich Brachers „Auflösung der Weimarer Republik“ – oder zuvor schon durch Ernst Fraenkels „Doppelstaat“ und Franz Neumanns „Behemoth“ –, wird jedenfalls hier nicht erkennbar.

Anderthalb Jahre später, im Oktober 1953, referierte Freund bei einer Veranstaltung der Ranke-Gesellschaft in Schleswig-Holstein über das Thema: „Wieweit ist Zeitgeschichte möglich?“ (Aktennotiz 1953; Mitteilung 1954, S. 1). Ein Tagungsprotokoll existiert in diesem Fall offenbar nicht.

Inzwischen waren der Ranke-Gesellschaft auch Ernst Anrich und Max Hildebert Boehm als Mitglieder beigetreten (Goede 2008, S. 242; zu Anrich vgl. bereits Kettenacker 1968, zu Boehm vgl. jetzt Pohn 2013). Durchgängige Position der Vereinigung blieb die Bekämpfung des „Versuch[s]“, die Darstellung deutscher Geschichte „den mannigfaltigen Ressentiments unserer Tage auszuliefern“ (Adolf Rein 1955, zit. bei Goede 2008, S. 254). Damit schien sie wie zugeschnitten auf einen weiteren Hamburger Zeithistoriker: Fritz Fischer, auch er seit 1952 der Ranke-Gesellschaft zugehörig. Bereits als Schüler in der völkischen Jugendbewegung aktiv, war Fischer 1933 in die SA, 1937 in die NSDAP eingetreten, hatte für die „Deutschen Christen“ Sympathien bekundet, von Walter Franks Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands ein Stipendium erhalten, hatte während seines Kriegsdienstes antisemitische Vorträge an der Front gehalten und war mit Franks Unterstützung 1942 nach Hamburg auf die (durch dessen Wechsel an die Reichsuniversität Straßburg freigewordene) Professur Ernst Anrichs berufen worden (Große Kracht 2003, S. 229-230, 234-235, 238-240). Wie Michael Freund vermißte Fischer nach dem Krieg die offene Auseinandersetzung mit seiner – im Vergleich zu Freund weit profunder ausgeprägten – pro-nazistischen Vergangenheit. Doch setzte bei ihm (offenbar bereits während der amerikanischen Kriegsgefangenschaft) ein Umdenken ein, in dessen Zuge „an die Stelle der Selbstkritik“ die „Fundamentalkritik“ seines „Herkunftsmilieus“ trat (Große Kracht 2003, S. 252). Das schließliche Resultat war 1961 Fischers Werk „Griff nach der Weltmacht“, das mitsamt der folgenden Kontroverse nicht unbeträchtlich zur „Liberalisierung der historisch-politischen Kultur“ (Große Kracht 2003, S. 225) beitrug.

2 Auf den Tag einen Monat später, am 5. November 1937, hielt Hitler jene Besprechung ab, deren Niederschrift - als Hoßbach-Protokoll bekannt geworden - in das Beweismaterial des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses Eingang fand. Hitler: „Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein“.

Freund verschloss sich dem von Fischer eingeschlagenen Weg. Dessen Buch lehnte er (ebenso wie Rein) „pauschal ab“ und warf Fischer vor, er „besmier[e] [...] die ganze deutsche Geschichte mit dem Schmutz Hitlers“ (Michael Freund, zitiert bei Meinschien 2012, S. 115). „Eine differenzierte Betrachtung“, so Meinschien, „fand nicht statt“ (Meinschien, S. 116).

In der Neuausgabe von „Ausgebürgert und doch angebräunt“ habe ich die harsche Bemerkung zitiert (Eisfeld 2013, S. 12), die George W. F. Hallgarten 1968 Michael Freund in seinem Memoirenband „Als die Schatten fielen“ widmete: Er habe „das Unglück [gehabt], in die Hitlerzeit zu geraten, die seinen Charakter und sein Denken umbog“ (Hallgarten 1968, S. 135). Ein abschließendes Urteil darüber, ob diese „Verbiegung“ nicht grundsätzlicher angelegt war – siehe Freunds Selbstzeugnis bezüglich der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ – und wie stark sie in der Nachkriegszeit weiterwirkte, lässt sich bei dem derzeitigen Forschungsstand nicht fällen. Ein „beruhigendes“ Fazit der Art, wie es Knelangen und Meinschien ziehen, ist jedoch erst recht nicht möglich.

Archivalien / Literatur

- Aktennotiz 1953. *Betr.: Tagung „Geschichtlich-politische Kräfte im schleswigschen Grenzraum.“ Besprechung mit Herrn Prof. Dr. Rein und Herrn Prof. Dr. Scharff in Kampen/ Sylt am 18.06.1953.* Nachlass Rein, Karton 42. Archiv Institut für Auswärtige Politik. Universität Hamburg: Bibliothek für Universitätsgeschichte.
- Eisfeld, Rainer. 2013. *Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945.* Zweite, erweiterte Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Goede, Arnt. 2008. *Adolf Rein und die „Idee der Politischen Universität“.* Berlin/Hamburg: Dietrich Reimer Verlag.
- Große Kracht, Klaus. 2003. Fritz Fischer und der deutsche Protestantismus. *Zeitschrift für Neuere Theologiegeschichte* 10: 224-252.
- Hallgarten, George W. F. 1968. *Als die Schatten fielen. Memoiren 1900-1968.* Frankfurt/Berlin: Ullstein Verlag.
- Kettenacker, Lothar. 1968. Kontinuität im Denken Ernst Anrichs. Ein Beitrag zum Verständnis gleichbleibender Anschauungen des Rechtsradikalismus in Deutschland. In *Festgabe für Paul Kluge zum 60. Geburtstag.* Hrsg. Dieter W. Rebentisch, 140-152. Frankfurt a. M.: vervielfältigtes MS.
- Mann, Thomas. 1968. Werke. In ders.: *Politische Schriften und Reden.* Band 3. Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag.
- Meinschien, Birte. 2012. *Michael Freund: Wissenschaft und Politik (1945-1965).* Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlagsgruppe.
- Mitteilung. 1954. *An die Mitglieder der Ranke-Gesellschaft* (Februar 1954), gez. Prof. Rein.
- Nachlass Rein, Karton 42. Archiv Institut für Auswärtige Politik. Universität Hamburg: Bibliothek für Universitätsgeschichte.
- Prehn, Ulrich. 2013. *Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik.* Göttingen: Wallstein Verlag.

- Protokoll 1952. *Tagung der Leopold v. Ranke-Gesellschaft. Hamburg. 19. und 20.04.1952.* Nachlass Rein, Karton 42. Archiv Institut für Auswärtige Politik. Universität Hamburg: Bibliothek für Universitätsgeschichte.
- Sirois, Herbert. 2000. *Zwischen Illusion und Krieg. Deutschland und die USA 1933-1941.* Paderborn/München/Wien/Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Weber, Hermann. 1986. Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda. In *Wissenschaftliche Verantwortung und politische Macht*, Hrsg. Klaus Jürgen Gantzel, 185-425. Berlin/Hamburg: Dietrich Reimer Verlag.

Autorenangaben

Prof. em. Dr. Rainer Eisfeld,
Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften,
Kolpingstr. 1,
49069 Osnabrück,
rainer.eisfeld@uni-osnabrück.de